



Seenotrettung ist #unverhandelbar! Free the Ships – Stop the Pushbacks – Menschenrechte jetzt!

Wir rufen anlässlich der Bundestagswahlen im September 2021 dazu auf, am 7. August 2021 europaweit für die Seenotrettung im Mittelmeer auf die Straßen zu gehen. Das Sterben geht unvermindert weiter, während europäische Staaten zivile Seenotrettungsorganisationen daran hindern Menschen aus Seenot zu retten. Wir wollen gemeinsam für eine lücken- und bedingungslose europäische Seenotrettung und gegen die Kriminalisierung von geflüchteten Menschen und Helfer*innen in vielen Städten deutschlandweit sichtbar und laut sein!

Allein in diesem Jahr ertranken bereits über 800 Menschen im Mittelmeer. Mehr als 14.000 Menschen wurden völkerrechtswidrig von der sogenannten Libyschen Küstenwache zurück nach Libyen gebracht, wo ihnen Folter und schwerste Menschenrechtsverletzungen drohen. Die zivilen Seenotrettungsorganisationen füllen seit Jahren eine Lücke, die die EU niemals hätte entstehen lassen dürfen. Die Lücke, die durch fehlende völkerrechtlich gebotene Seenotrettung entsteht, fordert viele hunderte Menschenleben jährlich. Dies ist seit Jahren offensichtlich, doch die EU und ihre Mitgliedstaaten tun alles dafür, die tödliche Grenze auszubauen und Menschenrechte systematisch zu missachten: Notrufe werden ignoriert, illegale Rückführungen koordiniert, Schiffe blockiert und Retter*innen und Geflüchtete angeklagt.

Wir wollen am 7. August 2021 in zahlreichen Städten unsere Stimme erheben und unseren Protest auf die Straßen tragen. Wir wollen nicht von Land aus zuschauen, wie Menschen aufgrund staatlicher Ignoranz ertrinken, auf Schiffen unnötig lange ausharren oder rechtswidrig nach Libyen verschleppt werden. Als Europäer*innen wollen wir nicht nur das rassistisch motivierte Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen beenden, sondern auch Verantwortung übernehmen – für Fluchtursachen ausgelöst durch unsere koloniale Geschichte, unsere gegenwärtigen Handels- und Wirtschaftspolitiken und für die von uns maßgeblich verursachte Klimakrise, die bereits ausgebeutete Länder besonders hart trifft. Gemeinsam als breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen rufen wir dazu auf, zahlreich und bunt ein Signal an die Politik zu senden:

Wir schauen nicht weg, Seenotrettung ist #unverhandelbar!

Daher fordern wir von der aktuellen und zukünftigen Bundesregierung, dass sie vehement an der Umsetzung folgender Ziele arbeitet:

- 1. Alle zivilen Rettungsschiffe freilassen & die zivile Seenotrettung unterstützen!**
- 2. Die Unterstützung der sogenannten Libyschen Küstenwache sowie alle Push- und Pullbacks im Mittelmeer sofort beenden!**
- 3. Ein europäisches Seenotrettungsprogramm etablieren!**
- 4. Sichere und legale Fluchtwege nach Europa einrichten!**